



Bayerischer Landtag Landtagsamt Maximilianeum 81627 München

Landtagsamt

Herrn
Dr. Karl Probst
1. Vorsitzender Rettet die Isar e.V.
Großherzogin-Maria-Anna-Weg 45
83661 Lenggries

12.03.2025
UV.0093.19

**Rückführung aller Uniper-Wasserkraftwerke in Bayern in das Eigentum des
Freistaats Bayern
Petition vom 26.11.2024**

Referat P II Ausschüsse,
Kommissionen
Maximilianeum
Max-Planck-Straße 1
81627 München
Telefon +49 (89) 41262365
petitionen@bayern.landtag.de

Sehr geehrter Herr Dr. Probst,

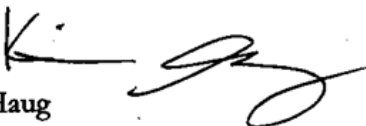
der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat Ihre Petition in der öffentlichen Sitzung vom 20.02.2025 beraten und beschlossen,

die Petition der Staatsregierung „als Material“ zu überweisen (§ 80 Nr. 3 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag).

Dieser Beschluss bedeutet, dass Ihre Petition bei einer Änderung einschlägiger Vorschriften als Arbeitsgrundlage mitherangezogen werden soll. Wir haben hierzu die Unterlagen dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz übersandt.

Die Stellungnahme, die die Grundlage für das Beratungsergebnis darstellte, und den Auszug aus dem Sitzungsprotokoll haben wir zu Ihrer näheren Information beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen


Haug

Kommunikation allgemein
Telefon +49 89 4126-0
Fax +49 4126-1392
landtag@bayern.landtag.de
www.bayern.landtag.de

Anlagen
1 Stellungnahme
1 Protokollauszug

Öffentliche Verkehrsmittel
U-Bahn U4/U5,
Max-Weber-Platz
Tram Linie 19, Maximilianeum



**Dr. Karl Probst , 1. Vorsitzender Rettet die Isar e.V. ,in 83661 Lenggries
(UV.0093.19)**

**- Rückführung aller Uniper-Wasserkraftwerke in Bayern in das Eigentum des
Freistaats Bayern**

- 5.006 Unterschriften -

55f-U4440-2024/174-2 -Umwelt-

Vorsitz: Alexander Flierl (CSU)

Berichterstattung: Thomas Holz (CSU)

Mitberichterstattung: Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD)

Abg. Thomas Holz (CSU) führt aus, der Petent begehre mit seiner Eingabe vom Landtag, die bayerischen Wasserkraftwerke in Bayern ins Eigentum des Freistaats Bayern zu überführen. Der Bund halte 99 % der Anteile an Uniper. Die Wasserkraft sei Teil der staatlichen kritischen Infrastruktur. Sie sollte unter bayerische Kontrolle kommen. Aspekte der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit sowie der Daseinsvorsorge seien zu berücksichtigen. Eine Privatisierung führe zu unsicheren Eigentumsverhältnissen und sei den genannten Zielen abträglich.

Die Staatsbeteiligung des Bundes müsse bis zum Jahr 2028 auf 25 % plus eine Aktie reduziert werden. Dies sei eine zentrale Bedingung der EU-Kommission gewesen, weshalb dieser Übernahme überhaupt habe zugestimmt werden können. Im Finanzministerium würden die notwendigen Schritte zur Veräußerung vorbereitet. Deshalb würden 74 % der Anteile von Uniper wieder auf dem Markt angeboten werden. Heimfallrechte beträfen den Freistaat Bayern, aber auch die Bundesrepublik Deutschland. Es gebe umfangreiche Regelungen, wie der Heimfall vonstattengehe. Die Staatsregierung sei am Thema dran. Auch der Ministerpräsident habe sich bekannt: "Heimatenergie in Heimathand". Der Ministerrat habe in seiner Sitzung am 05.11.2024 das Umweltministerium beauftragt, mit Uniper SE und mit der Uniper Kraftwerke GmbH Sondierungsgespräche für eine einvernehmliche Lösung aufzunehmen, wie mit den Heimfallrechten umzugehen sei, wenn die Bewilligungen ausliefen.

Die Petition zielen genau auf das, was die Staatsregierung bereits anstrebe, und zwar eine nachhaltige und gemeinwohlverträgliche Nutzung bayerischer Wasserkraft. Die

Gespräche sollten abgewartet werden, auf deren Grundlage eine endgültige Entscheidung getroffen werden könne.

Die Eingabe sei der Staatsregierung als Material zu überweisen. Dem Petenten seien die Stellungnahme der Staatsregierung und ein Protokollauszug zu übersenden.

Abg. Harald Meußgeier (AfD) bestätigt die korrekte Sachverhaltsberichterstattung und schließt sich dem Votum des Berichterstatters an.

Abg. Anna Rasehorn (SPD) äußert, die Gemeinwohlorientierung und der ökologische Aspekt, aber auch mit Hinblick auf die Hochwassersituation, sollten die Uniper Wasserkraftwerke nicht in private Hand gegeben werden. Auf Anfrage habe man mitgeteilt, die Staatsregierung sei noch nicht mit Uniper im Gespräch. Da die Zeit dränge, sollte die Eingabe der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen werden. Fragen seien noch offen.

Abg. Christian Hierneis (GRÜNE) zitiert aus der Petition und spricht sich wie seine Vorrednerin dafür aus, die Eingabe der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Petent Dr. Karl Probst (1. Vorsitzender Rettet die Isar e. V.) appelliert an die Mitglieder des Ausschusses, die große Chance, die sich biete, wahrzunehmen. Ausländische Investoren sollten nicht Eigentümer der bayerischen Wasserkraftwerke werden.

(Die Beschlussempfehlung der Abg. Anna Rasehorn (SPD), die Eingabe der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wird mit den Stimmen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD gegen die Stimmen der GRÜNEN und der SPD abgelehnt.)

Beschluss:

Die Eingabe wird aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt erklärt.

Dem Petenten sind die Stellungnahme der Staatsregierung und ein Protokollauszug zu übersenden.

(mit den Stimmen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD bei Stimmenthaltung der GRÜNEN und der SPD)